



**PARLAMENTARISCHE  
VERSAMMLUNG  
EUROPA-MITTELMEER**



ZWEITE PLENARTAGUNG  
Brüssel, 27. März 2006

**SCHLUSSEKTLÄRUNG  
DES VORSITZES**

Die Parlamentarische Versammlung Europa-Mittelmeer (PVEM) spricht sich auf ihrer Plenartagung am 26./27. März 2006 in Brüssel mit Nachdruck dafür aus, die parlamentarische Dimension des Barcelona-Prozesses in der augenblicklich schwierigen Phase zu stärken.

Auf beiden Seiten des Mittelmeeres findet die Theorie eines Zusammenpralls der Zivilisationen immer mehr Anhänger. Die PVEM ist davon überzeugt, dass dieses Problem nur gelöst werden kann, wenn alle Partner ihre politische Entschlossenheit zum Ausdruck bringen, den Barcelona-Prozess in jeder Hinsicht neu zu beleben. Die PVEM bekräftigt ihr Eintreten für eine Stärkung des Dialogs zwischen den Bürgern und den Regierungen auf beiden Seiten des Mittelmeeres. Ihre Mitglieder erklären sich entschlossen, als Parlamentarier Druck auf ihre jeweiligen Regierungen auszuüben, damit den Worten Taten folgen.

In den Ausschüssen und Arbeitsgruppen der PVEM sowie heute auf der Plenartagung haben Gespräche über die Hindernisse stattgefunden, die heute einem Bündnis der Zivilisationen entgegenstehen. Dazu gehören die Krise im Zusammenhang mit den in der „Jyllands Posten“ veröffentlichten Zeichnungen, der andauernde Konflikt zwischen Israel und Palästina und die weiterhin bestehende wirtschaftliche und soziale Kluft zwischen den beiden Ufern des Mittelmeeres.

Die PVEM, auf der Grundlage dieser Gespräche und der heute von ihr angenommenen Entschlüsse:

- 1) wiederholt den in Rabat ausgesprochenen Aufruf an die Institutionen und Regierungen der Region Europa-Mittelmeer, politische Maßnahmen zu ergreifen, um den Barcelona-Prozess wirklich wiederzubeleben;
- 2) fordert die künftige Regierung der Palästinensischen Autonomiebehörde und die künftige israelische Regierung auf, sofort nach der Aufnahme ihrer Amtsgeschäfte den internationalen Verpflichtungen nachzukommen, die ihre jeweiligen Länder zugunsten einer Verhandlungslösung für den Konflikt eingegangen sind, die sich auf die „Road Map“ stützt;
- 3) fordert die künftige palästinensische Regierung auf, die Verpflichtungen einzuhalten, die in den gemeinsamen Erklärungen der Arabischen Liga und insbesondere der Erklärung von Beirut enthalten sind;
- 4) fordert alle Mitglieder der Partnerschaft Europa-Mittelmeer auf, dafür Sorge zu tragen, dass der zwischen den Partnern eingeleitete Prozess des Dialogs weder unterbrochen noch sabotiert wird, und fordert Israel und die Palästinensische Autonomiebehörde auf, dafür zu sorgen, dass dieser Prozess fortgesetzt werden kann;
- 5) erinnert alle Regierungen der Region Europa-Mittelmeer an die Verpflichtungen der Erklärung von Barcelona 1995, die sich auf den Grundsatz der Wahrung der Vielfalt und die Förderung der Toleranz gründen, sowie auf den Grundsatz der Wahrung der Grundfreiheiten, angefangen mit der Meinungsfreiheit;
- 6) befürwortet die Fortsetzung und die Intensivierung des israelisch-palästinensischen Dialogs innerhalb der PVEM und ihrer Ausschüsse, da die parlamentarische Institution des Barcelona-Prozesses sich ebenfalls für die Förderung des Friedens, der Stabilität und des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts einsetzen sollte;

7) verurteilt noch einmal die Beleidigung der religiösen Gefühle, ausgelöst durch die Veröffentlichung von Karikaturen in der „Jyllands Posten“, und appelliert an das Verantwortungsbewusstsein der Zeitungsherausgeber bei der Ausübung der Meinungsfreiheit; verurteilt die gewalttätigen Ausschreitungen, die durch die Veröffentlichung der Karikaturen ausgelöst wurden;

8) fordert die europäischen Institutionen auf, darüber zu wachen, dass die öffentlichen Beihilfen und Darlehen für die Unterstützung der Partnerschaft Europa-Mittelmeer im Rahmen der Finanziellen Vorausschau 2007-2013 nicht gekürzt werden, da dies der politischen Priorität widersprechen würde, die der Partnerschaft eingeräumt wurde;

9) fordert die Regierungen der Mittelmeer-Partnerländer auf, die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Reformen fortzusetzen, die in Hinblick auf die Förderung privater Investitionen zur Unterstützung der genannten öffentlichen Mittel erforderlich sind;

10) bringt den Wunsch nach einem friedlichen Ablauf der bevorstehenden Wahlen in Israel zum Ausdruck.

\*\*\*\*

#### **Aufruf im Rahmen der außerordentlichen Tagung der PVEM in Rabat:**

„Die PVEM fordert den Europäischen Gipfel von Barcelona am 27./28. November 2005 daher auf, die notwendigen politischen Maßnahmen zu ergreifen, um:

1) den rechtlichen Rahmen zu schaffen, der erforderlich ist, um das Wirtschaftswachstum zu fördern und die Attraktivität der Region für ausländische Direktinvestitionen zu erhöhen; die Bemühungen aller Partner im Raum Europa-Mittelmeer für eine Verbesserung der wissensorientierten Ausbildung, der beruflichen Bildung und des Zugangs zu den neuen Technologien zu unterstützen und somit den Jugendlichen bessere Beschäftigungsperspektiven zu bieten;

2) tiefgreifende Wirtschaftsreformen und die Beseitigung von Hemmnissen zu unterstützen, um bis zum Jahr 2010 eine Freihandelszone Europa-Mittelmeer zu verwirklichen;

3) den Friedensprozess im Nahen Osten zu beleben und mit neuer Hoffnung zu erfüllen, indem der parlamentarische Dialog innerhalb der Partnerschaft Europa-Mittelmeer gestärkt und die Zivilgesellschaft der Region breiter beteiligt wird, um die betroffenen Parteien zusammenzubringen;

4) die parlamentarische Demokratie zu fördern, die Wahrung des Rechtsstaats, der Menschenrechte und der Grundfreiheiten, einschließlich der Meinungsfreiheit sowie die übrigen Verpflichtungen zu stärken, die sich aus dem Völkerrecht ergeben, insbesondere diejenigen, die aus regionalen und internationalen Abkommen erwachsen, deren Vertragsparteien alle europäischen Partner sind;

5) die Rechte der Frauen entschlossen zu fördern und ihre Mitwirkung am sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben zu ermöglichen; die Gleichstellung von Frauen und Männern ist wesentlicher Bestandteil einer verantwortungsvollen Regierungsführung;

6) innerhalb der Gesellschaft die notwendigen Kapazitäten zu schaffen, um wirksam auf Gesundheitsbedrohungen und Natur- und Umweltkatastrophen reagieren zu können, Frühwarnsysteme und bewährte Praktiken und eine verantwortungsvolle Führung innerhalb der Verwaltung auf nationaler und lokaler Ebene zu fördern;

7) ihre Rolle bei der Bekämpfung des Terrorismus durch die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in der Region Europa-Mittelmeer unter Wahrung der bürgerlichen Freiheiten auszubauen; die wirksame Umsetzung des Verhaltenskodexes zu unterstützen, der zur Bekämpfung des Terrorismus angenommen wurde;

8) eine Kultur der Toleranz zu fördern und dabei Bildungsmaßnahmen zu unterstützen, radikale Verhaltensweisen zu isolieren und in der Gesellschaft die Ablehnung jedes Aufrufs zur Gewalt zu fördern;

9) alle sozialen, wirtschaftlichen und politischen Akteure für die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit (einschließlich des Antisemitismus und der Islamophobie) zu mobilisieren und sich auf ein gemeinsames Kulturerbe und die Wahrung der Vielfalt zu gründen, um ein echtes Bündnis der Zivilisationen zu erreichen; das Projekt der Vereinten Nationen einer Allianz der Zivilisationen und die Tätigkeiten der Anne-Lindh-Stiftung zu unterstützen, insbesondere im Bereich der Bildung und bei der Bekämpfung der Verbreitung falscher Wahrnehmungen und Klischees von Völkern in den Medien auf beiden Seiten des Mittelmeeres;

10) durch eine geeignete Integrationspolitik eine stärkere Zusammenarbeit bei der Migration zu fördern, damit die Rechte und Freiheiten von Zuwanderern, die sich rechtmäßig in der EU aufhalten, angemessen gewahrt werden, und damit diese ihrerseits die Pflichten wahrnehmen, die Bürgern der Gesellschaft, die sie aufgenommen hat, obliegen, und die Werte dieser Gesellschaft achten.“